

Emanzipativer Konstitutionalismus in Europa?

Das Scheitern des Isländischen Verfassungsexperiments, und was man davon für ein Europäisches Verfassungsprojekt lernen kann (und was nicht)

Island wird in weiten Kreisen linker sozialer Bewegungen als Beispiel emanzipativer oder progressiver Krisenbewältigung in Europa gefeiert: die Bürgerinnen und Bürger haben die geplante massive Verarmungspolitik um Banken und deren Gläubiger zu retten mit Erfolg bekämpft. Als Resultat erholte sich Islands (Wohlfahrts-)Staat oberflächlich betrachtet rascher von dem Totalzusammenbruch und wird sogar vom IWF für die Krisenbewältigungsstrategie gelobt.

Eine weitere erfolgreiche Forderung der protestierenden Bevölkerung war es, sich selbst eine neue, sozialere Verfassung zu geben, um derartige Krisen in Zukunft weitgehend zu verhindern. Der daraus entstandene partizipative *Drafting*-Prozess, sowie der vorgelegte Entwurf der Verfassung wurden ebenfalls als Sieg der Zivilgesellschaft über Großkapitalinteressen bejubelt, da darin soziale und ökologische Rechte massiv aufgewertet und beispielsweise natürliche Ressourcen als unveräußerliches Eigentum des Staates verankert wurden. Auch widerstand der Entwurf dem globalen Trend, die Einhaltung der neuen Verfassung Expertengremien wie Gerichten oder „unabhängigen“ Kommissionen zu übertragen, sondern wertete im Gegenteil die aktive Rolle der BürgerInnen und der Legislative gegenüber der Exekutive noch auf. Doch letztlich scheiterte die Verfassung fast unbemerkt letzten Sommer an einer Abstimmung im Parlament – nach einer zuvor veröffentlichten kritischen Evaluierung der Venedig-Kommission des Europarates.

Ich möchte entlang einer kurzen Darstellung der Geschehnisse in Island und einer genaueren Diskussion des vorgelegten Verfassungsentwurfs, basierend auf offiziellen Berichten und geführter Interviews, folgenden Fragen nachgehen: welche Rolle können nationale Verfassungen in einem durch Transnationalisierung von Recht geprägten Europa noch haben? Wann sind Verfassungsprozesse „von unten“ möglich? Welche Herausforderungen stellen sich dabei besonders? Und letztlich ob aus den Isländischen Erfahrungen wichtige Lehren für die Forderung eines solchen Verfassungsprozesses für die Europäische Union gezogen werden können. Ich verstehe mein Paper vor allem als Diskussionsbeitrag um im Anschluss gemeinsam über Möglichkeiten und Grenzen eines emanzipativen Verfassungsprojekts als Ausdruck Europäischer Volkssouveränität nachzudenken. Auch muss die Frage aufgeworfen werden, wie viel Gewicht einer solchen Forderung gegeben werden soll, und ob entscheidendere Kämpfe nicht woanders geführt werden. Bei aller Unvergleichbarkeit zwischen dem Kleinstaat Island und der gesamten EU, gibt es relevante strukturelle Momente im Scheitern Islands.

Für die Analyse Islands als auch die theoretische Reflexion werden u.a. auf kritische Politik- und Rechtswissenschaftliche Arbeiten von Ingeborg Maus zu Volkssouveränität, Stephen Gill, Ran Hirschl, Tom Ginsburg, aber auch Dieter Grimm und Gunther Teubner zurückgegriffen.